

Protokoll der 132. Sitzung des rbb-Rundfunkrates - öffentlich

Datum:	6. Juli 2023
Ort:	Berlin
Beginn der Sitzung:	16:00 Uhr
Ende:	19:58 Uhr

Leitung: Elisabeth Herzog-von der Heide

Protokoll: Silke Schütze

Teilnehmer und Teilnehmerinnen

Mitglieder des Rundfunkrates

Amsinck, Christian (*abgemeldet*)
Auster, Regine
Becker, Frank
Benn, Sören
Bürgel, Oliver (*abgemeldet*)
Feuerschütz, Frank
Geywitz, Harald
Greve, Edwin (*abwesend*)
Goiny, Christian
Hagemann, Prof. Martin
Helm, Anne (*abgemeldet*)
Hemm, Frauke (*abgemeldet*)
Herzog-von der Heide, Elisabeth
Hohloch, Dennis (*abgemeldet*)
Kanellos-Okur, Linda (*abgemeldet*)
Kapek, Antje
Karger, Katja
Kiesow, Caroline (*abgemeldet*)
Koinzer, Marcus
Kühnemann, Andrea (*abgemeldet*)
Mauersberger, Ulrike (*abgemeldet*)
Offenberg, Dr. Moshe Abraham
Rabe, Dr. Christine
Richstein, Barbara
Riedel, Katharina
Röggla, Prof. Kathrin
Saleh, Raed (*abgemeldet*)
Schucht, Irene
Stohn, Erik
Wittke, Jürgen (*abgemeldet*)

Verwaltungsrat

Ehlers, Benjamin (*zugeschaltet*)
Holznagel, Prof. Bernd (*zugeschaltet*)
Oehmichen, Dr. Lutz
Junker, Vera (*zugeschaltet*)
Krüger, Dr. Wolfgang (*abwesend*)
Schütt, Juliane
Tille, Dr. Dagmar (*abwesend*)
Weidenfeld, Dr. Ursula (*abwesend*)

Vertreter des Personalrats

Thormählen, Dörte
Jauer, Sabine

Vertreter der Staats- und Senatskanzlei

Schwarz, Domenic
Prasse, Sabine – (*abgemeldet*)

Geschäftsleitung

Vernau, Dr. Katrin
Skiba, Dr. Kerstin
Deleglise, Sylvie
Owsinski, Andreas
Zöllner, Martina

Leiterin der Intendanz

Mellage, Anja

Gäste

Hölscher, Christoph (*Freienvertretung*)
Naujock-Simon, Anke (*Datenschutzbeauftragte / Compliance-Beauftragte*)
Kerkhoff, Claus (*Hauptabteilungsleiter HA Finanzen*)
Schwarze, Stephan (*ARD-Datenschutzbeauftragter*) (*zugeschaltet*)

Gremiengeschäftsstelle

Schütze, Silke

TAGESORDNUNG für die 132. Sitzung des rbb-Rundfunkrats am 6. Juli 2023

- TOP 1** **Regularien**
- Begrüßung
- TOP 2** **Bericht der Intendantin** (Dr. Katrin Vernau)
- TOP 3** **Wahl des Datenschutzbeauftragten**
(Beschlussvorlage)
- TOP 4** **Bericht aus dem Programmausschuss (u. a. 1. Entwurf ARD-**
Qualitätsrichtlinie) (Dr. M. A. Offenberg)
- TOP 5** **Programmbeschwerden** (Dr. M. A. Offenberg)
- 5.1** **Programmbeschwerde**
Berichterstattung www.rbb24.de zur Demonstration am 25.2.2023 in
Berlin
- 5.2** **Programmbeschwerde**
Live-Gespräch mit Olaf Sundermeyer in der Tagesschau am 25.2.2023
- 5.3.** **Programmbeschwerde**
Beitrag „Stau-Hotspot Glienicke“ in Brandenburg aktuell vom
14.02.2023
- TOP 6** **Bericht aus dem ARD-Programmbeirat**
am 10.-11. Mai und am 7. Juni 2023 (Katharina Riedel)
- TOP 7** **Bericht des Personalrates** (Sabine Jauer)
- TOP 8** **Bericht der Freienvertretung** (Christoph Reinhardt)
- TOP 9** **Verschiedenes**

TOP 1 Regularien

Frau Herzog-von der Heide eröffnet die 132. Sitzung des Rundfunkrats. Sie weist darauf hin, dass die Sitzung im Internet live gestreamt werde.

Frau Herzog-von der Heide begrüßt die Mitglieder des Rundfunkrates, die Mitglieder des Verwaltungsrates, die Intendantin Frau Dr. Vernau, Frau Zöllner (Programmdirektorin), Herrn Owsinski (geschäftsführender Direktor Produktion und Betrieb), Frau Deleglise (stellvertretende Verwaltungsdirektorin) sowie die Hauptabteilungsleiterin Intendanz Frau Mellage, die Justitiarin Frau Dr. Skiba, die Vertreter:innen von Personalrat und Freienvertretung und die Gremiengeschäftsstelle. Weiterhin begrüßt sie die Vertreter/innen der Öffentlichkeit im Saal sowie im Livestream.

Frau Herzog-von der Heide informiert über die Absagen

Kühnemann, Andrea

Amsinck, Christian

Kanellos-Okur, Linda

Helm, Anne

Hemm, Frauke

Hohloch, Dennis

Bürgel, Oliver

sowie, dass Frau Kapek eine Stunde später kommen werde und Frau Prof. Rögglä um 18.00 Uhr die Sitzung verlassen müsse.

Herr Dr. Scheibel (Rechtsaufsicht, Senatskanzlei Berlin) und Frau Prasse (Staatskanzlei Brandenburg) seien entschuldigt. Für die Rechtsaufsicht nehme heute Herr Schwarz (Senatskanzlei Berlin) teil.

Zugeschaltet seien vom Verwaltungsrat Herr Ehlers und Frau Junker.

Frau Herzog-von der Heide stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Sie nimmt Bezug auf die Informationsvorlage zur ARD-Selbstverpflichtung, die die Gremiengeschäftsstelle am Dienstag verschickt habe. Die Gremiengeschäftsstelle habe in dieser Mail deutlich gemacht, dass der Versand aufgrund personeller Engpässe in der Geschäftsstelle zu spät und sehr kurzfristig erfolgt sei. Gleichzeitig dränge die Zeit, die GVK erwarte zeitnah ein Signal hinsichtlich der Kenntnisnahme der ARD-Selbstverpflichtung.

Da die Befassung mit dieser Informationsvorlage Teil eines Abstimmungsprozesses der ARD-GVK (GremienVorsitzendenKonferenz) sei, schlägt Frau Herzog-von der Heide vor, die Informationsvorlage als Unterpunkt 4.1. unter TOP 4 Bericht aus dem Programmausschuss zu behandeln. Unter TOP 4 berichte Herr Dr. Offenberg über ein zweites GVK-Unternehmen – den 1. Entwurf der ARD-Qualitätsrichtlinie.

Frau Herzog-von der Heide stellt zur Abstimmung, ob, die die ARD-Selbstverpflichtung als TOP 4.1. auf die Tagesordnung zu nehmen sei.

Der Name des TOPS sei **TOP 4.1. Kenntnisnahme ARD-Selbstverpflichtung**. Sie bitte um Handzeichen.

Das Gremium stimmt dem zu.

Herr Stohn meldet zwei Themata an:

1. Weitere 26 Millionen Einsparungen
2. Stand der Tarifverhandlungen

Frau Herzog-von der Heide stellt in Aussicht die Themen entweder unter Verschiedenes oder im Nachgang von TOP 2 (Bericht der Intendantin) zu behandeln.

Frau Herzog-von der Heide selbst meldet als neuen TOP 9.1. eine Information über eine mögliche Interessenkollision an, die sie als nichtöffentliche Einzelpersonalangelegenheit auf die Tagesordnung setzen wolle.

Sie möchte weiterhin unter Verschiedenes über den Stand der Planung für eine Informationsreihe unter dem Rubrum „rbb-Basiswissen“ informieren.

Frau Auster meldet unter TOP 9 eine Frage zu den Inhalten des Pressespiegels sowie eine Klärung an, wer den Informationsfluss aus der Gremiengeschäftsstelle an die Mitglieder des Rundfunkrates lenke.

Frau Karger meldet unter TOP 9 eine Frage an den Verwaltungsrat an, wie der Stand der Vertragsverhandlungen mit der designierten Intendantin Frau Demmer sei und wann Frau Demmer ihr Amt übernehme.

Frau Richstein meldet unter TOP 9 die Beschäftigung des Gremiums mit der Frage an, ob und wie in Zukunft die Arbeit mit einer Findungskommission zu behandeln sei.

Frau Herzog von der Heide bittet per Akklamation um Zustimmung zum aktuellen Entwurf der Tagesordnung. Der Rundfunkrat stimmt der Tagesordnung mit einfacher Mehrheit zu.

Außerhalb des Protokolls erinnert **Frau Herzog-von der Heide** an den ehemaligen Vorsitzenden des rbb-Rundfunkrates von 2009 - 2012, Herrn Hans-Helmut Prinzler. Herr Prinzler sei am 18. Juni im Alter von 84 Jahren verstorben.

Herr Bürgel habe im Namen des Rundfunkrates der Gattin von Herrn Prinzler kondoliert und ihr zugesagt, seiner in der kommenden Sitzung zu gedenken.

Herr Prinzler, der frühere Direktor der Deutschen Kinemathek und Schöpfer der Berlinale-Sektion „Retrospektive“, sei seit der Gründung des rbb – also seit 2003 – Mitglied des Rundfunkrates gewesen. Die Süddeutsche Zeitung habe ihn in einem Nachruf als „ruhenden Pol in der oft ruckeligen Kulturpolitik der Stadt“ bezeichnet. Aus diesen Worten ließe sich erspüren, dass sich Berlin in vielen Dingen treu bleibe und wie dankbar man zu allen Zeiten für das Engagement von Persönlichkeiten wie Hans-Helmut Prinzler sein könne und sollte.

Frau Herzog-von der Heide informiert, dass Herr Dr. Offenberg den Verstorbenen persönlich gekannt habe. Er werde nun ebenfalls einige Worte sagen. **Herr Dr. Offenberg** erinnert sich an Herrn Prinzler als Studienleiter an der deutschen Film- und Fernsehakademie in den 1970er Jahren, der unbürokratisch, qualifiziert und hilfsbereit die Studierenden unterstützt habe. Man soll ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Frau Herzog-von der Heide dankt Herrn Dr. Offenberg für seine Worte.

Vor Eintritt in die Tagesordnung spricht **Frau Herzog-von der Heide** zwei weitere Themen an.

1. Der Bericht der Compliance-Untersuchung der Kanzlei LutzAbel, der den Verwaltungsrat am 30. Juni fristgerecht erreicht habe. Da der Verwaltungsrat erst am 11. Juli tage, werde man heute dazu nicht weiter informieren können. Sie schlage an dieser Stelle vor, dass der Rundfunkrat dem Verwaltungsrat ins Pflichtenheft schreibe, umgehend nach seiner Sitzung den Rundfunkrat über den Stand seiner Beratungen informiere.

Das Gremium stimmt zu.

2. Der Umstand, dass die heutige Sitzung die letzte Sitzung des Rundfunkrates sei, an der Frau Dr. Vernau als Intendantin teilnehme, weswegen sie Frau Dr. Vernau im Namen des Rundfunkrates für Ihr Engagement und Ihr Krisenmanagement bedanke. Sie habe eine „Herkulesaufgabe“, wie der ARD-Vorsitzende Kai Gniffke es genannt habe, übernommen. Sie habe die Weichen für den rbb neu gestellt, sich auf die Menschen aus Brandenburg und Berlin und ihren sehr speziellen Charme eingelassen. Mit dem Kassensturz habe sie endlich echte Zahlen genannt und mit dem partizipativen Zukunftsprozess den Mitarbeitenden neue Perspektiven gegeben. Sie sei sicher, dass man auch im Rückblick auf die Zeit von Frau Dr. Vernau ihr als Interimsintendantin im rbb großen Respekt zollen werde.

Frau Herzog-von der Heide überreicht Frau Dr. Vernau das antiquarische Buch „Hans Poelzig – Haus des Rundfunks“, Ars Nicolai 1994).

TOP 2 **Bericht der Intendantin** (Dr. Katrin Vernau)

(der Bericht ist dem Protokoll beigefügt)

Frau Herzog-von der Heide lädt zum Austausch.

Herr Stohn wünscht eine Erläuterung zum vorgestellten Liquiditätsziel und eine Information zum Stand der Tarifverhandlungen.

Frau Dr. Vernau übergibt an die Verhandlungsführerin der direktionsübergreifenden Verhandlungsgruppe auf Seite des rbb, Frau Deléglise.

Frau Deléglise berichtet, dass man in den vergangenen Wochen mit den Gewerkschaften das weitere Vorgehen sondiert habe. Der letzte Stand sei, dass man den Gewerkschaften am 12. Mai zwei Angebote unterbreitet hatte. Man werde zeitnah einen Termin mit den Gewerkschaften vereinbaren. Dabei gehe es auch um einen Inflationsausgleich und die Anhebung eines Honorarrahmens. Wie Frau Dr. Vernau berichtet habe, sei man in einer Klausur mit der Geschäftsleitung und den Hauptabteilungsleitenden mit der aktuellen Finanzsituation beschäftigt gewesen, da Tarifabschlüsse eine fortwirkende Auswirkung auf die nächste Beitragsperiode haben. Die Ergebnisse werde man in der kommenden Sitzung evaluieren. Man habe noch keinen Tarifabschluss, aber doch die große Linie. Neben den Gehaltstarifverhandlungen sei der Beendigungsschutz für die freien Mitarbeitenden ein Thema. Hier sei man dabei, mit den freien Kolleg:innen insbesondere aus dem Programm, einen Tarifvertrag zu entwickeln, einen sogenannten Beendigungsschutz nach sechs Jahre Beschäftigung, der gestaffelt werde und nach 20 Jahren werde dann Mitarbeitenden einen

Schutz, was ihre Honorare angehe (man nenne es auch „Honorargarantie“) von 100 Prozent zugesichert.

Frau Dr. Vernau antwortet auf die Frage von Herrn Stohn zum Liquiditätsziel.

Man habe in der Sitzung des Verwaltungsrates am 1. Dezember eine Prognose zum Jahresende 2022 vorgelegt. Im Vergleich dazu habe man im Jahresabschluss 2022 eine Liquiditätsverbesserung von zehn Millionen Euro. Diese Verbesserung erkläre sich mit Beitragsmehrerträgen und aus dem Umstand, dass bestimmte Aufwendungen aus dem Jahr 2022 noch nicht liquiditätswirksam geworden seien. Man habe in einem erheblichem Umfang Rückstellungen gebildet für Risiken, die sich aus den arbeitsrechtlichen Auseinandersetzungen und der Abwicklung des DMH Bauprojektes ergeben. Ob man die Rückstellungen zu hundert Prozent in Anspruch nehmen müsse, wisse man nicht. Aber nach kaufmännischer Vorsicht müsse man diese Rückstellungen bilden. Als man den Wirtschaftsplan in diesem Gremium Ende 2021 beschlossen habe, seien diese Kosten noch nicht bekannt gewesen.

Frau Karger fragt, ob Frau Dr. Vernau schon eine Einschätzung zum rbb-Staatsvertrag und die zeitlichen Abläufe abgeben könne. Zweitens möchte sie wissen, wie sich das Sparprogramm konkret auf das Programm auswirke.

Frau Dr. Vernau weist bezüglich des Staatsvertrages auf die Rechtsaufsicht hin und gibt zum Programmlichen an Frau Zöllner ab.

Herr Schwarz sagt, dass er zu diesem Zeitpunkt den genauen Zeitablauf nicht wiedergeben könne und verweist darauf, dass er erst seit Montag in dem verantwortlichen Referat tätig sei.

Frau Karger bittet, zu Protokoll zu nehmen, dass der Punkt weiterverfolgt werde.

(Anmerkung der Protokollantin: mit Datum vom 15. August 2023 gibt Herr Dr. Scheibel telefonisch Auskunft, dass ein zeitnahe Start der schriftlichen Anhörung voraussichtlich Ende August avisiert sei, mit dem Ziel, den novellierten Staatsvertrag Anfang 2024 in Kraft treten zu lassen.)

Frau Zöllner berichtet, dass das Gros der Sparmaßnahmen erst im Programm ab 2024 sichtbar und hörbar werde. Sie habe zwar mit Chefredakteur Dr. Biesinger dem Programmausschuss bereits einen ersten „Schulterblick“ geben können und man werde wohl im September, nach der Sommerpause, konkrete Konzepte ausführlich vorstellen können. Zum augenblicklichen Stand der Entwicklungen zu berichten, sei noch nicht redlich.

Frau Dr. Rabe hat zwei Fragen an Frau Dr. Vernau. 1. Was für sie die überraschendste Erkenntnis bei den Zwischenberichten gewesen sei und 2. Was ihr im rbb Programm persönlich am besten gefalle.

Frau Dr. Vernau merkt an, sie habe angesichts der Arbeitslast leider wenig Zeit gehabt, sich dem Programm intensiver zu widmen. Sie habe in der Mediathek im Wechsel die Abendschau und Brandenburg aktuell abends geguckt. Morgens habe sie inforaadio gehört. Ansonsten habe sie überall einmal hineingehört und hineingesehen. Eine Reportage im rbb-

Fernsehen, die an einem Samstagabend im Frühjahr gelaufen sei und die sich mit Menschen aus der ehemaligen DDR und ihren Erfahrungen nach der Wende befasst habe, sei für sie hilfreich gewesen, um nochmal diese Umbrüche besser zu verstehen, die mit der Wende verbunden gewesen seien. Mit Jörg Wagners Medien-Podcast sei sie auf dem Stand der Dinge geblieben hinsichtlich der Medienpolitik. Sie bedauert, dass sie nicht noch viel mehr habe zur Kenntnis nehmen können. Hinsichtlich der Untersuchungen könne sie so viel sagen, dass sie von nichts wirklich überrascht sei, auch wenn sie die Sachverhalte im Einzelnen nicht so kannte. Die Themenkomplexe als solche seien ihr bekannt gewesen. Gleichzeitig habe man im rbb selbst schon viel Licht ins Dunkel gebracht. Der Bericht sei jetzt nur sehr detailliert hinsichtlich der einzelnen Sachverhalte, so dass man diese nunmehr auch arbeitsrechtlich würdigen könne.

Frau Professor Röggla fragt nach der Vielfalt im Programm, die nicht nur die Vielfalt derjenigen bedeute, die das Programm sehen und hören, sondern auch die Vielfalt der Formen, der Formate betreffend, besonders im Bereich der Kultur. Und wie es gelingen könne, gleichzeitig föderaler und regionaler zu werde. Sie stelle auch die Frage nach dem Rollenverständnis der Rundfunkräte und -rätinnen in diesem Prozess. Sie habe heute in den Kreis des Rundfunkrates ein Papier über den Kulturrat geschickt, welches sich ebenfalls mit diesem Thema auseinandersetze und hoffe auf eine vertiefende Diskussion im Gremium dazu.

Frau Zöllner erläutert, die Vielfalt der Formen sei auch ihr stets wichtig und die Redaktionen müssten dementsprechend bestärkt werden. Sie versichert, dass eine Sorge, dass man in der Kultur an Vielfalt verliere, unbegründet sei. Im Moment gebe es zum ersten Mal bei den Kulturwellen sinnvolle Überlegungen, wie man mehr kooperieren könne. Das gleiche gelte für die Infowellen, die Popwellen und so weiter. Beim Fernsehen sei das bereits gelebte Praxis, dort gebe es viel mehr Koproduktionen, als es im Audiobereich bisher der Fall sei. Beim rbb müsse man die Kultur stark halten, man vertrete eine kulturstarke Region. Dieses wolle der rbb auch mit Kraft in die ARD einbringen. Mit ihr werde es keine Schwächung der kulturellen Kraft geben. Gleichwohl sei die finanzielle Lage beim rbb schwierig. Auch in den anderen Häusern werde es nicht einfacher, man müsse konsequenterweise zu Kooperationen kommen. Das erfordere eine äußerst differenzierte Betrachtung in jedem Segment, in der Kultur genauso wie in anderen Themengebieten. Man müsse sehen, wo man Doppelungen vermeiden und voneinander profitieren könne. Es müsse dann jeweils gespart oder auch ins Digitale umgeschichtet werden, wo es noch zu wenig Etat gebe. Auch diese sei in den anderen Häusern ähnlich: Niemand habe etwas zusätzlich für die digitale Transformation erhalten. Es gebe bisher lediglich klassische lineare Etats. Sie biete an, bei Interesse im Gremium über die Pläne für die Kultur im rbb, ggf. verknüpft mit dem ARD-Bild zu berichten.

Frau Prof. Röggla und **Frau Zöllner** tauschen sich kontrovers über die Sinnhaftigkeit einer Zentralredaktion für Hörspiele aus.

Frau von der Heide schlägt vor, die Diskussion auf eine der kommenden Sitzungen bei einem eigenen TOP der Programmdirektion zu vertagen

Frau Kapek merkt an, dass sie die These, der rbb sei „raus aus der Krise“ nicht unterschreibe. Im Haus sei die Stimmung sehr angespannt, die Aufklärung des Hauses sei noch nicht abgeschlossen. Sie bemerke eine große Aufregung auch bei Hörer:innen hinsichtlich der

angedachten Änderungen beim Kulturradio, diesmal in einem größeren Zusammenhang (Mantelprogramme etc.) Sie begrüße sehr, wenn Frau Zöllner über die konkreten Einschnitte in das Programm in einer der nächsten Sitzungen referiere.

Herr Geywitz sagt, dass das Gremium unbedingt über Kultur im Programm im Austausch bleiben solle. Es gebe ein natürliches Spannungsverhältnis zwischen Regionalität und Zentralisierung und Synergien heben. Er fragt noch einmal nach dem Begriff „Feuilleton der Metropolregion“. Es gebe ebenso ein Spannungsverhältnis in Richtung anderer öffentlich-rechtlicher Sender wie dem Deutschlandfunk/Deutschlandradio die auch in Berlin sitzen. Ihn interessiere, ob Abstimmungen mit dem rbb geplant seien.

Frau Dr. Vernau antwortet auf Frau Kapek, sie hoffe, dass sie nicht den Eindruck erweckt habe, dass man nun die Hände in Schoß legen könne. Die Krise sei nur insofern beendet, als dass das Neue merklich begonnen habe. Aber es sei noch sehr viel zu tun – genau deswegen dränge sie darauf, dass die Geschäftsleitung vollständig besetzt werde. Es gelte weiter, den Kurs zu halten, vor dem rbb liege noch zwei bis drei Jahre Kernerarbeit.

Auf die Frage von Herrn Geywitz sagt sie, dass das Deutschlandradio deutschlandweit sende und alle Kulturregionen des gesamten Landes programmlich abbilden müsse. Der rbb habe den Vorteil, mit Berlin eine wichtige Kulturmetropole Europas im Sendegebiet zu haben. Brandenburg und Berlin seien geprägt von kultureller Reichhaltigkeit. Die Aufgabe des rbb sei es, diese Reichhaltigkeit für die eigenen Beitragszahlenden sichtbar zu machen und auch auf die Deutschlandebene und damit die ARD-Ebene zu heben, weil das, was hier in der Region bedeutend sei auch häufig deutschlandweit von Interesse sei. Das sei der Kern der Aufgabe des rbb als *Landesrundfunkanstalt*, die sich vom Auftrag des Deutschlandradios unterscheide. Es gebe schon weitreichende Überlegungen aus der Programmdirektion zum rbbKulturradio, die man in der Geschäftsleitung bereits vorgestellt bekommen habe und diese werde man sicher auch bald in den Gremien vorstellen.

Frau Zöllner ergänzt, dass sie gerne in der kommenden Sitzung im September dazu berichten werde.

Frau Schucht fragt nach der Provenienz der EUR 26 Millionen Mehreinnahmen. Weiterhin fragt sie, wo Frau Dr. Vernau das größte Einsparpotential sehe. Sie bittet darum, die Zahlen aus dem Bericht einmal so aufbereitet zu bekommen, dass man sehe, wo der rbb stehe, vor dem Hintergrund der Abwendung der Zahlungsunfähigkeit. Wie die Abarbeitung des Planes weiter vorgesehen sei.

Frau Dr. Vernau erläutert die Bedeutung des Begriffs „Beitragsmehrerträge“ im öffentlich-rechtlichen Sprachgebrauch. Damit gemeint seien Beitragserträge, die über dem lägen, was die KEF eingeplant hatte, als sie die Beitragshöhe festgelegt habe. Es sei damit eine Plan-Ist- bzw. Plan-Plan Abweichung zwischen der Beitragsertragsplanung zum Zeitpunkt der KEF-Feststellung und der heutigen Erkenntnis zu den IST- und Planerträgen für die Beitragsperiode 2021-2024. Diese Beitragsmehrerträge seien deswegen von Bedeutung, weil sie nicht vorhergesehen wurden, als die KEF den Beitrag auf EUR 18,36 festgelegt habe. Da diese Erträge nicht Bestandteil der Überlegungen der KEF zur Beitragsfestsetzung gewesen seien, dürften sie nach der KEF-Logik jetzt auch nicht in der laufenden Beitragsperiode verwendet werden. Plan-Ist-Abweichungen bei den Beitragserträgen seien im Übrigen

normal, die Begründungen dafür seien multifaktoriell (Ungewissheit über Zuzug ins Beitragsgebiet in den kommenden vier Jahren, Sterberate, Anzahl von Haushalten, Befreiungen wg. Grundsicherung etc.) Es gebe ein gemeinsames Planungsmodell mit der KEF, welches sie damals selbst als ARD Korrespondenzpartnerin der KEF AG 1 mit dem Vorsitzenden der KEF AG 1 entwickelt habe, um von einer gemeinsamen Datengrundlage auszugehen. Auch bei einem gemeinsamen Modell gebe es jedoch immer unterschiedliche Einschätzungen bezüglich der künftigen Entwicklung. Die KEF sei typischerweise eher etwas optimistischer, die ÖRR vorsichtiger. Auf die Gesamtbeitragsserträge der Periode lägen diese Abweichungen im niedrigen einstelligen Prozentbereich, weil das Ist immer etwas anders sei als der Plan. Die neuen Zahlen kämen jetzt, weil der Zentrale Beitragsservice in dieser Zeit – wie der rbb – seinen Jahresabschluss vorlege und auf dieser Basis, dem festgestellten Ist 2022, werde nun die Planung aktualisiert. Dies sei gerade geschehen. Allerdings helfen die Beitragsmehrerträge dem Sender nicht in seiner aktuellen finanziellen Situation bis Ende 2024, da diese Mehrerträge für die kommende Periode ab 2025 beiseitegelegt werden müssten, um den Beitragsanstieg in der kommenden Beitragsperiode abzdämpfen. Die genauen Zahlen könne sie auch noch einmal in einer Tabelle nachliefern.

((Anm. der Protokollantin: Unter der Anfrage Rundfunkrat 2023_1988 wurde die Übersicht zu den Beitragsserträgen im Sachstandsbericht der Intendantin (insbesondere zur den Beitragsmehrerträgen, Jahresabschluss ZBS) am 6. Juli an die Mitglieder des Rundfunkrates versendet))

Frau Auster bezieht sich auf den Bericht der Intendantin, dort habe Frau Dr. Vernau von Mängeln in der Verwaltung gesprochen. Habe sie diese Mängel abstellen können und gebe es noch weitere Aufgaben in diesem Bereich für die Zukunft?

Weiterhin fragt sie, ob Frau Dr. Vernau Potenzial für den Schwerpunkt Klima im rbb sehe und ob sich der Sender darum bemühe.

Frau Dr. Vernau antwortet auf die Frage bezüglich der Verwaltung mit einem Hinweis auf die vom Rechnungshof festgestellten Mängel. Es müsse im rbb künftig stärker auf die Ordnungsmäßigkeit im Verwaltungshandeln geachtet werden, also die jederzeit nachvollziehbare, vollständige Dokumentation von Vorgängen, die den Gang des Vorgangs jederzeit nachvollziehbar mache, die allgemeinverständliche, transparente Aufbereitung von Zahlen, die Controlling für die Führungskräfte, die Geschäftsleitung und die Aufsichtsgremien überhaupt erst ermögliche, eine aktuelle Überwachung der Liquidität, gerade in den Zeiten, in denen diese knapp zu werden drohe. Es habe in der alten Geschäftsleitung keine Wertschätzung für ordnungsgemäße Verwaltung gegeben. Dieses Augenmerk auf diese Dinge durch die oberste Führungsebene sei aber erforderlich – ebenso wie die nötigen personellen Ressourcen die Verwaltungsaufgaben. Wichtig für die Wertschätzung sei zudem ein gemeinsames Verständnis, dass auch die Kolleg:innen in der Buchhaltung, in der Verwaltungsdirektion und in der PuB für das Programm arbeiteten. Finanzielle Rechenschaftslegung sei ein essenzieller Bestandteil eines mit öffentlichen Mitteln erstellten Programms und die Buchhaltung sei insofern auch wichtig für das Möglichmachen von Programm – und nicht etwa ein Programmverhinderer. Sie glaube, viele Probleme seien entstanden, weil von oben der Wunsch bestanden habe, bestimmte Ziele zu erreichen, gleichgültig mit welchen Mitteln. Das habe Druck ausgelöst, weil Verwaltung auf Gesetzen und Regularien beruhe. Wenn man diese aber nicht beachten wolle, sondern nur sein Ziel im Auge habe, dann versuche Verwaltung auch Dinge möglich zu machen, die man so nicht

möglich machen dürfe. Deswegen benötige man eine starke Persönlichkeit an der Spitze der Verwaltungsdirektion, die Grenzen setze und die Tatsache, dass es sich um öffentliche Beitragsgelder und bestimmte Regeln handle, ständig ins Bewusstsein der Geschäftsleitung hebe. Man könne also nicht den Mitarbeitenden auf der Sachbearbeiterebene Vorwürfe für die Zustände in der Verwaltung machen, sondern müsse hier in Sachen Verantwortlichkeit „von oben nach unten“ blicken.

Frau Zöllner erklärt, dass die ARD-Intendant:innen den Plan für die Etablierung eines Kompetenzzentrums Klima gefasst haben, hier wolle der rbb eine relevante Rolle spielen. Es sei noch nicht klar, welche finanzielle Belastung das bedeute. Der rbb habe sein Interesse bekundet, aber so ein Vorhaben werde nicht von einem einzigen Haus in Angriff genommen. Die Themen seien verbunden mit den großen Forschungseinrichtungen in Berlin und Brandenburg.

TOP 3 Bestellung des Beauftragten für den Datenschutz für den Zeitraum 1. Juli 2023 bis 30. Juni 2027

Frau Herzog-von der Heide begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Stephan Schwarze, der uns aus Leipzig zugeschaltet ist.

Sie weist auf die Beschlussvorlage hin, die dem Gremium zugegangen sei und erinnert daran, dass Frau Naujock-Simon am 30. Juni ihre Amtszeit als Beauftragte für den Datenschutz beendet habe.

Mit Wirkung ab dem 1. Juli 2023 solle der Datenschutz im rbb insgesamt neu aufgestellt werden. Es solle zukünftig die kontrollierende Aufsichtsfunktion des/der Beauftragten für den Datenschutz im journalistisch-redaktionellen Bereich und die beratende Funktion des/der betrieblichen Datenschutzbeauftragten getrennt werden.

Für die Position des/der betrieblichen Datenschutzbeauftragten habe ein Interessenbekundungsverfahren stattgefunden, aus dem Frau Nicoleta-Simina Constantin als neue betriebliche Datenschutzbeauftragte des rbb hervorgegangen sei, die seit dem 1. Juli ihr Amt innehabe.

Der rbb-Staatsvertrag bestimme in § 38, dass der Rundfunkrat eine Beauftragung für den Datenschutz des rbb bestelle.

Seit dem 1. Januar 2023 haben BR, MDR, SR, SWR, WDR, hr sowie Deutschlandradio und das ZDF Herrn Stephan Schwarze mit der Funktion des gemeinsamen Rundfunkdatenschutzbeauftragten betraut – nun scheine es sinnvoll, dass sich auch der rbb diesem Modell anschließe.

Frau Herzog-von der Heide verliest die Empfehlung der Geschäftsleitung des rbb:

Die Geschäftsleitung des rbb hat beschlossen, dem Rundfunkrat für seine Sitzung am 6.7.2023 vorzuschlagen, den gemeinsamen Rundfunkdatenschutzbeauftragten von BR, MDR,

SR, SWR, WDR, hr sowie Deutschlandradio und ZDF für den Zeitraum 1. Juli 2023 bis 30. Juni 2027 zum Beauftragten für den Datenschutz des Rundfunk Berlin-Brandenburg zu bestellen.

Der rbb wird im Falle der entsprechenden Beschlussfassung durch den Rundfunkrat mit dem Wirtschaftsplan 2024 ab dem Jahr 2024 der Verwaltungsvereinbarung und damit dem Finanzierungsmodus beitreten. Für den Zeitraum vom 01.07.2023 bis 31.12.2023 werden die IST-Kosten gemäß Wirtschaftsplan nach neuem Beitragsschlüssel umverteilt.

Bezüglich der Kosten verweist **Frau Herzog-von der Heide** auf die versandte Beschlussvorlage. Sie wendet sich an **Herrn Schwarze**, seine Vita sei ansatzweise in der Beschlussvorlage vorgestellt. Sie bitte ihn nun, sich dem Gremium persönlich vorzustellen. Ihre erste Frage sei, wie die Arbeit mit so vielen Sendeanstalten von ihm organisiert werde.

Herr Schwarze stellt sich dem Rundfunkrat vor. Seiner Überzeugung nach solle Aufsicht korrigierend eingreifen, und zwar früh, um Fehler zu vermeiden. Seine Tätigkeit sei nicht für eine ständige Präsenz im rbb ausgelegt. Dennoch sei es ihm wichtig, möglichst an nah den Prozessen zu sein. Die Funktion als Aufsichtsbehörde verstehe er nicht von den täglichen Fragen entkoppelt, sondern als Unterstützung der Prozesse. Er sehe sich als Ansprechpartner für die Probleme und Auslegungsfragen rund um den Datenschutz an Aufsicht im öffentlichen Rundfunk. Er betone die völlige Unabhängigkeit des Amtes gemäß der DSGVO und des Leitbildes der DSGVO. Dem Gebot der Staatsferne folgend, sei der Rundfunkdatenschutz entkoppelt von der verantwortlichen Anstalt. Zur Organisation der Arbeit erklärt Herr Schwarze, sein Team bestehe bisher aus ihm, einer Assistentin und einem juristischen Referenten. Derzeit laufe die Ausschreibung für eine weitere Stelle mit informationstechnischem und Datenschutz-Hintergrund.

Das Gremium tauscht sich mit Herrn Schwarze aus.

Frau Richtsein bitte um eine Übersicht der Gesamtkosten der Geschäftsstelle des Gemeinsamen Rundfunkdatenschutzbeauftragten.

((Anmerkung der Protokollantin: Unter der Anfrage Rundfunkrat 2023_1988 wurde die Übersicht der Gesamtkosten der Geschäftsstelle des Gemeinsamen Rundfunkrates 6. Juli an die Mitglieder des Rundfunkrates versendet))

Frau Herzog-von der Heide verliest den Beschlussvorschlag,

Der Rundfunkrat beschließt den gemeinsamen Rundfunkdatenschutzbeauftragten beim BR, MDR, SR, SWR, WDR, hr sowie Deutschlandradio und ZDF, Herrn Stephan Schwarze, mit Wirkung ab 1. Juli 2023 bis 30. Juni 2027 zum Beauftragten für den Datenschutz des Rundfunk Berlin-Brandenburg gemäß § 38 Abs. 1 rbb-StV zu bestellen.

Das Gremium beschließt einstimmig, Herrn Schwarze zum Beauftragten für den Datenschutz des Rundfunk Berlin-Brandenburg gemäß § 38 Abs. 1 rbb-StV zu bestellen

Frau Herzog-von der Heide bedankt sich bei Herrn Schwarze und wünscht ihm viel Erfolg bei seiner Tätigkeit für den rbb.

TOP 4 Bericht aus dem Programmausschuss (u. a. 1. Entwurf ARD-Qualitätsrichtlinie) (Dr. M. A. Offenberg)

Herr Dr. Offenberg berichtet, man habe sich in der letzten Sitzung des Programmausschusses 29. Juni mit dem 1. Entwurf der von der GVK in Auftrag gegebene ARD-Qualitätsrichtlinie beschäftigt. Er stellt den Bericht vor und erläutert, man habe sich im PA intensiv und kritisch zum ersten Entwurf ausgetauscht. In Anlehnung an die ebenfalls kritische Stellungnahme des WDR habe man der GVK gespiegelt, dass dieser 1. Entwurf nicht zustimmungsfähig sei und eine negative Stellungnahme abgegeben.

Frau Riedel unterstützt die Ausführungen von Herrn Dr. Offenberg, in dem sie u.a. eine Idee aus dem 1. Entwurf – den sogenannten analytischen Support – heranzieht, um die Distanz zwischen Entwurf und Praktikabilität zu unterstreichen. Damit werde der Grundgedanke der Rundfunkräte ad absurdum geführt. Man könne nicht auf der einen Seite Menschen in den Rundfunkräten sammeln, die die Bevölkerung repräsentieren sollten und dann von ihnen verlangen, dass sie eine medienwissenschaftliche Programmbeobachtung unter Heranziehung von Experten vornehmen.

Das Gremium tauscht sich intensiv über den Entwurf aus. Kritikwürdig sei, dass man das Verfahren nicht transparent, übersichtlich und handhabbar organisiert habe, auch eine fehlende Zusammenarbeit mit dem ZDF sei zu bemerken, aus dessen Haus ein wesentlich kürzeres und praktikableres Paper vorliege.

Herr Dr. Offenburg berichtet, dass die GVK jetzt alle Stellungnahmen aus den Gremien der ARD sammle. Unter Berücksichtigung der Kritik werde von der GVK dann ein weitere Entwurf erstellt und Ende August/Anfang September zur erneuten Beratung zugeschickt werden.

Herr Dr. Offenburg wird mit Unterstützung der Gremiengeschäftsstelle eine Stellungnahme erarbeiten, die die in der Diskussion genannten Kritikpunkte enthält

TOP 4.1. Kenntnisnahme ARD-Selbstverpflichtung

Frau Herzog-von der Heide erläutert, die ARD-Selbstverpflichtung sei ein Bericht, der gem. § 31 (2) MStV alle zwei Jahre von der der ARD-Programmdirektion vorzulegen sei und Auskunft gebe über die Erfüllung des Auftrags in Vergangenheit und Zukunft. Die Operative erstelle und erlasse die Selbstverpflichtung, sie werde von den LRA-Gremien beraten und zur Kenntnis genommen. Die GVK koordiniere den Prozess.

Frau Herzog-von der Heide weist auf die ins Gremium versendete Informationsvorlage und formuliert nach Austausch und Abstimmung per Akklamation die Rückmeldung wie folgt:

Der Rundfunkrat nimmt die ARD-Selbstverpflichtung Bilanz 2021/22 und den Ausblick 2023/24 zur Kenntnis.

TOP 5

Programmbeschwerden (Dr. M. A. Offenberg)

Herr Dr. Offenberg berichtet aus der Sitzung des Programmausschusses am 29. Juni 2023. Er erläutert den langen Weg der Prüfungen, den Programmbeschwerden durchlaufen. Im Mittelpunkt der ersten beiden Programmbeschwerden habe rbb-Reporter Olaf Sundermeyers Berichterstattung über eine Großdemonstration mit Alice Schwarzer und Sahra Wagenknecht gestanden.

5.1 Programmbeschwerde

Berichterstattung www.rbb24.de zur Demonstration am 25.2.2023 in Berlin

Der Petent kritisiere hier Framing. Der Ausschuss habe sich intensiv und differenziert ausgetauscht und keine Verletzung von Programmgrundsätzen gesehen. Man habe die Programmbeschwerde einstimmig mit zehn Stimmen zurückgewiesen. Der Programmausschuss bitte den Rundfunkrat diesem Votum zu folgen.

Der Rundfunkrat folgt dem Votum des Programmausschusses einstimmig.

5.2 Programmbeschwerde

Live-Gespräch mit Olaf Sundermeyer in der Tagesschau am 25.2.2023

Auch hier warf der Petent Olaf Sundermeyer Framing vor. Nach einer intensiven Diskussion habe der Programmausschuss die Beschwerde mit neun zu einer Stimme die Beschwerde zurückgewiesen. Der Programmausschuss bitte den Rundfunkrat diesem Votum zu folgen.

Der Rundfunkrat folgt dem Votum des Programmausschusses mit einer Gegenstimme.

5.3. Programmbeschwerde

Beitrag „Stau-Hotspot Glienicke“ in Brandenburg aktuell vom 14.02.2023

Der Petent kritisiere, der Bericht sei tendenziös, relevante Informationen seien unterdrückt worden und würdige das Interesse der Bürger nach Verkehrsberuhigung nicht ausreichend. Der Ausschuss habe sich dazu intensiv mit dem verantwortlichen Redaktionsleiter ausgetauscht. Man habe an diesem Tag einen Staumonitor veröffentlicht, über den bundesweit berichtet worden sei. Es sei um den Verkehr und mögliche Lösungen gegangen. Es sei nicht Schwerpunkt des Berichtes gewesen, die zweifellos belastende Situation für die Anwohner:innen zu betrachten.

Der Programmausschuss weise die Programmbeschwerde einstimmig mit neuen Stimmen zurück und bitte den Rundfunkrat diesem Votum zu folgen.

Der Rundfunkrat folgt dem Votum des Programmausschusses einstimmig.

**TOP 6 Bericht aus dem ARD-Programmbeirat
am 10.-11. Mai und am 7. Juni 2023 (Katharina Riedel)**

Frau Riedel berichtet, die Sitzung am 10./11. Mai habe in Präsenz in Frankfurt am Main stattgefunden, die Sitzung am 7. Juni als Videoschalte.

Bei der Präsenzsitzung im Mai habe man ebenfalls die ARD Qualitätsrichtlinie besprochen. Auch in der Gremienvorsitzendenkonferenz (nicht die Geschäftsstelle) sei man sich einig, dass der Entwurf der Qualitätsrichtlinien in der vorliegenden Form nicht akzeptiert werden könne. Die GVK-Geschäftsstelle halte weiter an dem Entwurf fest, trotz negativem Feedback. Man müsse beobachten, wie sich das entwickle. Auf der GVK-Konferenz sei betont worden, dass man die Rundfunkräte in die Entwicklung aktiv einbeziehen müsse und diese diesen Prozess eigentlich selbst tragen müssten. Es habe weiterhin sehr viele Programmbeobachtungen gegeben mit Fokus auf Kultur Mediathek, Freitag im Ersten und ARD-Kulturportal und Weltspiegel. Bei der Videokonferenz habe man den Fokus auf Samstagabend, Freitagabend, Weltspiegel und Kulturberichterstattung gelegt. Die nächste Programmbeiratssitzung sei in der folgenden Woche am Mittwoch und Donnerstag in Köln und werde als Präsenzsitzung zusammen mit den jeweiligen Stellvertretern stattfinden.

Frau Herzog-von der Heide dankt Frau Riedel.

TOP 7 Bericht des Personalrates (Sabine Jauer)

Frau Jauer begrüßt die Mitglieder des Rundfunkrates. Sie müsse der Aussage von Frau Dr. Vernau widersprechen. Der Personalrat habe nicht den Eindruck, dass die Belegschaft im rbb die Krise überwunden habe. Die vergangenen Wochen und die die Intendant:innenwahl habe erneut für große Unruhe im Haus gesorgt. Von Fassungslosigkeit und Enttäuschung sei die Atmosphäre in Ratlosigkeit und Sorge umgeschlagen. Die Atmosphäre erinnere fast an die Situation vor einem Jahr: Ungewissheit, wie es jetzt weitergehe, Sorge um die Handlungsfähigkeit. Der Personalrat habe sich in den vergangenen 12 Monaten bemüht, Ruhe zu bewahren, Zuversicht zu vermitteln, Orientierung zu geben. Dieses falle in der aktuellen Situation zusehends schwerer. Der Personalrat sei von vielen Fragen erreicht worden, wie u.a. „Wie habe es dazu kommen können, dass die Wahl zum Schluss keine wirkliche Wahl mehr gewesen sei? Wieso habe das Votum der Belegschaft keine Rolle gespielt? Wie habe der Personalrat, wie die Freienvertretung in der Findungskommission agiert?“ Man sei in der heutigen Personalversammlung auf diese Fragen eingegangen und sehe sich veranlasst, die Arbeit der Findungskommission zu rekapitulieren. *((An dieser Stelle sei auf die detaillierte Aufarbeitung von Personalrat und Freienvertretung im rbb-Intranet - „Vorgeschichte einer denkwürdigen Wahl“ - hingewiesen.))* Sie halte eine Evaluierung des Verfahrens von unabhängiger Seite für geboten. Man müsse aus dem Vorgefallenen lernen, es werde nicht die letzte Findungskommission gewesen sein. Man müsse sehen, was beim nächsten Mal anders und besser gemacht werden müsse.

Herr Reinhardt schließt sich Frau Jauers Ausführungen inhaltlich an. Er setze zwei Freienspezifische Schwerpunkte:

1. der Aspekt der politischen Einflussnahme und die mögliche Regierungsnähe der gewählten Intendantin beunruhige Freie noch stärker als Festangestellte. Viele Freie seien Journalist:innen, aber auch andere, die nicht journalistisch arbeiteten, denen die Öffentlichkeit mit Misstrauen begegne. Staatsferne und Staatsnähe seien besondere Anliegen. Frau Dr. Vernaus positive Bilanz, dass die Sparmaßnahmen griffen, betreffe viele Freie, nach dem Jahreswechsel nicht mehr beschäftigt werden. Bei inforadio werde man beispielsweise sechs Schichten streichen. Überall sei die Unsicherheit groß.
2. Der Stand der Tarifverhandlungen vor dem Hintergrund der Inflation. Die Honorarangleichung gehe winzigen Schritten voran. Er habe nachgerechnet: In diesem Tempo werde man die ins Auge gefassten Pläne im Jahr 2036 in die Realität umgesetzt haben. Hinsichtlich von Bestandschutztarifverhandlungen sei er hoffnungsvoll, dass eine Lösung gefunden werde, was ein wichtiges Signal für die langjährigen Freien sei. Den aufgesetzten Zukunftsprozess beurteilt die Freienvertretung teilweise als erfolgreich, es sei sehr positiv, wie viele Beschäftigte sich in den vergangenen Monaten mit dem rbb auseinandergesetzt haben. Es seien respektable, brauchbare Vorschläge erarbeitet worden. Es gebe ein eigenes Feld „Freie“, auf dem Freie mit Abteilungsleiter:innen und dem Personalrat über unterschiedliche Themen auf Augenhöhe arbeiteten.

Frau Herzog-von der Heide lädt zum Austausch.

Frau Kapek unterstützt die Idee einer Evaluation der Arbeit der Findungskommission. Sie bittet Herrn Rainhardt das Thema Bestandsschutz noch einmal zu erläutern.

Herr Rainhardt führt aus, dass die Gewerkschaften auf einen möglichst langen Zeitraum hoffen, der Sender scheue das damit verbundenen Kostenrisiko – man versuche hier einen Ausgleich zu finden.

Frau Richstein unterstützt die Idee, die Arbeit der Findungskommission und der Geschäftsordnung zu besprechen. Sie schlägt vor, bereits in der heutigen Sitzung darüber zu sprechen, um die neue Intendantin in ihrer ersten Sitzung im September nicht damit zu belasten.

Frau Auster unterstützt Idee einer Untersuchung der Arbeit der Findungskommission. Sie fragt, was Frau Jauer vom Rundfunkrat erwarte und was der Personalrat gedenke zu tun.

Frau Jauer sagt, sie hoffe, ein Meinungsbild mitzunehmen, dass die Mitglieder des Rundfunkrats diese Idee mehrheitlich für richtig hielten. Die nächste Sitzung des Rundfunkrats, auf der man einen formellen Beschluss fassen könne, finde erst Ende September statt. Gemeinsam mit Dagmar Bednarek sitze sie an Verbesserungsvorschlägen. Es gelte vieles zu dokumentieren, um es nicht zu vergessen. Sie sehe als ihren Auftrag, für den inneren Frieden im Haus, diese Dinge deutlich zu benennen und

Verbesserungsvorschläge zu machen. Sie wünsche sich ein Hand-in-Hand mit dem Rundfunkrat.

Herr Geywitz sagt, ihn irritiere, dass unter dem TOP „Bericht des Personalrate“s der TOP „Rekapitulation der Intendant:innenwahl“ geworden sei. Was ihn sehr erstaunt habe, dass man explizit Verabredungen auf Vertraulichkeit im Gremium getroffen habe, die aber von anwesenden Personen am Wahltag nicht mehr eingehalten worden seien. So seien Informationen an die Presse gegeben worden. Er halte fest, man habe eine nach allen Regularien, die im Laufe des Verfahrens noch einmal juristisch überprüft worden seien, eine Intendantin für fünf Jahre gewählt. Man solle erst einmal auf den neuen Staatsvertrag warten und sehen, ob dort eventuell Verbesserungen in der Klarheit des Verfahrens zu finden seien. Er stimme zu, dass man Erfahrungen festhalten solle, plädiert aber dafür, erst der Veröffentlichung des Staatsvertrags darüber ins Gespräch zu kommen.

Herr Benn spricht sich dafür aus, dass der Rundfunkrat sich - unabhängig von der Intendanz – selbst beauftragen solle, das Verfahren auszuwerten und für die Zukunft ein neues an objektivierte Kriterien orientiertes Verfahren zu entwickeln. Als zeitlichen Rahmen schlägt er ein Jahr vor, damit in Ruhe gemeinsam ein sachliches Verfahren entwickeln könne. Es sei ihm nur wichtig, im Gegensatz zu Frau Jauer festzustellen, dass es für ihn eine reguläre Wahl gewesen sei.

Frau Kapek weist daraufhin, dass der Vorsitzende der Findungskommission nicht anwesend sei, weswegen sie einen Beschluss über die Frage, ob das Gremium ein Verfahren aufsetze, verschoben werden müsse. Sie schlage vor, nach der Sommerpause zu einer vernünftigen Aufarbeitung zu kommen. Sie weise den Vorwurf, irgendjemand habe im Rundfunkrat politischen Einfluss genommen, weit von sich.

Frau Richstein erklärt, sie halte eine Analyse des Verfahrens für unabdingbar, um diese Erkenntnisse in die Novellierung des Staatsvertrages einbringen zu können.

Herr Goiny unterstützt die Position derjenigen, die die Aufarbeitung im Rahmen der Staatsvertragsnovelle sehen. Er schlage vor, dass man sich im Herbst nach der Sommerpause unter der Überschrift „Welchen Beitrag können wir leisten, um den Rundfunkstaatsvertrag optimaler zu machen“ mit all den Ideen beschäftigen, die im Staatsvertrag besser geregelt werden sollten.

Frau Herzog-von der Heide dankt für den Austausch. Sie werde Herrn Bürgel diese Inhalte übermitteln.

TOP 9

Verschiedenes

Frau Herzog-von der Heide spricht die offenen Themen an: Den von ihr angemeldeten TOP 9.1. (Interessenkollision), eine Information zum rbb-Basiswissen, eine Anmeldung von Frau Auster, sowie die Frage von Frau Karger, wie es mit Vertrag und Arbeitsbeginn der neuen Intendantin stehe.

Sie schlage vor, das Thema Interessenkollision zuletzt zu behandeln, weil eine Einzelpersonalangelegenheit sei, weswegen man die Öffentlichkeit ausschließen werde. Das Gremium signalisiert Zustimmung.

- Rbb Basiswissen

Frau Herzog-von der Heide erläutert, dass der Vorsitz gemeinsam mit Gremiengeschäftsstelle an einer Informationsreihe für den Rundfunkrat arbeite, um Basiswissen zu vermitteln. beiseite, was die Rolle des Rundfunkrates in Abgrenzung zum Verwaltungsrat bedeute, welche Aufgaben der Intendantin obliegen oder welche Rolle der Haushalts- und Finanzausschuss spiele. Man denke dabei an eine Art Videokonferenz, dass man nach geeigneten Referenten dafür suche und dass alle, die sich für dieses Thema interessierten, sich einschalten könnten. Man plane einen Auftakt im Herbst, wenn diese Idee das Einverständnis des Rundfunkrates treffe.

- Gremiengeschäftsstelle: Pressespiegel und Post an die Rundfunkrät:innen

Frau Auster fragt, warum im versandten Pressespiegel an die Gremien so wenig über die Intendantinnenwahl zu lesen war und ob den Gremien dort Informationen vorenthalten worden seien. Zweitens fragt sie, warum sie einen Brief von Wissenschaftseinrichtungen an die Intendantin und Frau Zöllner, der gleichzeitig an die Mitglieder des Rundfunkrates adressiert gewesen sei, erst sehr spät von der Gremiengeschäftsstelle erhalten habe. Sie frage, wie entschieden werde, welche Informationen die Mitglieder des Rundfunkrates erhalten. In welchen Fällen die Mitglieder über Schreiben, die in die Gremiengeschäftsstelle kommen, nicht informiert werden.

Frau Schütze sagt, dass die Gremiengeschäftsstelle rüde Kommentare nicht weiterleite. Falls aber der Wunsch bestehe, auch so etwas weitergeleitet zu bekommen, werde es sich bewerkstelligen lassen. Bezüglich des Schreibens der Wissenschaftseinrichtungen habe es sich um ein Büroversagen gehandelt, für das man um Entschuldigung bitte.

Frau Herzog-von der Heide verliest die Antwort von Herrn Ehlers (der die Sitzung um 28:10 Uhr verlassen musste) auf die Frage von Frau Karger bezüglich der Ausgestaltung des Vertrages mit Frau Demmer.

„Ich kann kurz informieren, dass wir uns in guten Gesprächen mit Frau Demmer befinden und der Dienstbeginn für den 15.09.2023 avisiert ist.“

Frau Herzog verliest eine Nachricht von Herrn Ehlers zur Einschätzung des Verwaltungsrates zum Bericht von LutzAbel: „In Hinblick auf die Compliance Untersuchungen von LutzAbel werden Sie spätestens am 12. Juli eine Information erhalten.“

Frau Herzog-von der Heide stellt die Nichtöffentlichkeit her und bittet darum, den Livestream zu stoppen.

Frau Herzog-von der Heide lädt auch im Namen von Oliver Bürgel zur 133. Sitzung des Rundfunkrates am 28. September in Potsdam ein und verabschiedet das Gremium in die Sommerpause.

Frau Herzog-von der Heide schießt die Sitzung um 19:58 Uhr.



Elisabeth Herzog-von der Heide
Stellv. Rundfunkratsvorsitzende

gez. Silke Schütze